

FRAKTION



Fraktion UVB
Im Rat der Stadt Velbert
Fraktionsvorsitzender Ulrich
Kanschat
Gewerbestraße 12
42553 Velbert

Rede zum

Haushaltsplan

des Jahres 2007

der Stadt Velbert

vom Vorsitzenden der Fraktion

U V B

Ulrich Kanschat

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Haushalt 2007 ist ein formal ausgeglichener Haushalt, mit einem Jahresüberschuss von ca. 700 T Euro. Aber was bedeutet das in Wirklichkeit?

Die Wirklichkeit sieht niederschmetternd aus. Nicht nur, dass wir in den Jahren 2005 und 2006 die komplette Ausgleichsrücklage nach dem NKF in Höhe von ca. 31,0 Mio. Euro verbraucht haben, sondern wir müssen zum Ausgleich des Jahres 2007 die Summe des Geschäftsanteils der Wobau in Höhe von ca. 11,0 Mio. Euro in Anspruch nehmen, um den Haushalt formal auszugleichen mit dem bereits genannten kleinen Überschuss von 700 T Euro.

Auch dürfen wir nicht verhehlen, dass zum Ergebnis 2007 auch noch eine besondere Zuweisung des Landes in Höhe von 11,0 Mio. Euro nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz beigetragen hat. Durch die unterdurchschnittliche Steuerkraft unserer Stadt im Landesvergleich, in einer entsprechenden Referenzperiode, wird uns diese zusätzliche Einnahme beschert.

Wir sollten alle mal darüber nachdenken, dass wir in den Jahren 2005 bis 2007 insgesamt einen Betrag in Höhe von 42,0 Mio. Euro verbraucht haben. Nimmt man noch die Zuweisung des Landes dazu, so haben wir sage und schreibe 53,0 Mio. Euro über unsere Verhältnisse ausgegeben. Hierbei will ich das Jahr 2004, wo wir einen Betrag von über 20,0 Mio. Euro aus dem Verkauf von Anteilen der Stadtwerke eingesetzt haben, um den Haushalt auszugleichen, damit wir das HSK (Haushaltssicherungskonzept) verlassen konnten, nicht mehr besonders hervorheben.

Ich will noch mal festhalten: Ohne das Geld der BVG für die Anteile der Wobau, wären wir bereits im HSK oder sogar im Nothaushalt.

Der Bürgermeister bezeichnete diesen Haushalt in seiner Etatrede als Leuchtturm bei rauer See, der den Weg weist, einen klaren Kurs angibt an den sich jeder in Verwaltung und Politik orientieren kann, wenn er einem starken Wellengang ausgesetzt wird.

Allerdings sollte man bedenken, ein Leuchtturm spiegelt dieses alles nur dann wieder, wenn nicht wegen Geldmangel das Licht ausgedreht werden muss.

Meine Damen und Herren,

leider haben wir mit unserer Auffassung, dass der von der Kämmerin prognostiziert Verlust für 2007 in Höhe von 9,9 Mio. Euro, in der Etatrede 2006, sich nicht halten lässt, Recht gehabt. Rechnet man die 11 Mio. Euro der Landeszuweisung und die 11.0 Mio. Euro aus den Anteilen der Wobau zusammen, so kommt man auf einen Verlust im Jahre 2007 von 22,0 Mio. Euro. Das ist mindestens doppelt so hoch, wie prognostiziert. Als Orakel würden wir die Kämmerin nicht einsetzen wollen.

Das allerdings schafft aber auch eine nicht unerhebliche Unsicherheit für die Prognosen 2008 (Verlust von 6,3 Mio. Euro) und 2009 (Verlust von 4,7 Mio. Euro).

Bei den ehrgeizigen Plänen des Bürgermeisters, der Verwaltung und des Rates für Zukunftsinvestitionen, ist nicht auszuschließen, dass weitere Teile des Anlagevermögens veräußert werden müssen, da auch die allgemeine Rücklage, aus der wir jährlich die Verluste für 2008, 2009 und 2010 wie prognostiziert, decken wollen, nicht unendlich ist.

Wir fordern daher die Verwaltung auf, schnellstens konkrete Sparpläne vorzulegen, die sicherlich weit über die bereits geplanten 2,0 Mio. Euro der freiwilligen Haushaltssicherung, hinaus gehen müssen, wenn wir nicht nachhaltig durch eine neues HSK in unserer Handlungsfähigkeit eingeschränkt werden wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

konnten wir die Investitionsschwerpunkte des Jahres 2006 noch voll unterstützen, so hat sich das für 2007 doch entscheidend verändert. Von den insgesamt 8,5 Mio. Euro Investitionssumme können wir die ersten 1,8 Mio. Euro (Planung Sportzentrum, Entwässerung Deponie für Sportzentrum) nicht mittragen. Auch dem letzte Posten von 3,6 Mio. Euro (Erwerb von Grundstücken etc.) können wir nur bedingt zustimmen. Uns ist noch in Erinnerung, dass im Jahre 2006 aus diesem Etat zum Jahresende 1,6 Mio. Euro aufgewandt wurden, um ein Stückchen Rathaus zu kaufen.

Allerdings unterstützen wir die Investitionen im Bildungsbereich und den Schulen, sowie im Kulturbereich. Auch haben Sie uns an Ihrer Seite für die lfd. Ausgaben für Schule, Sport und Kultur.

Wir unterstützen die Investitionen für das Bürgerhaus in Langenberg, den Schulneubau für die Hauptschule Am Baum, die Sanierung des Sportplatzes am Berg und die weitere Sanierung des Schlosses Hardenberg.

Allerdings hat die Sanierung von Schloss Hardenberg und Bürgerhaus Langenberg bei uns oberste Priorität und ist ehrgeizigen Neuinvestitionen voran zu stellen.

Wir schließen uns dem Plan des Bürgermeisters für eine ganzheitliche städtebauliche Entwicklung für Neviges an. Auch die Aufforderung an Vereine und Institutionen in Neviges, eigene Ideen und Vorschläge einzubringen halten wir für bürgernah und der Sache dienend. Nicht der Abriss einzelner Gebäude ist für das Gesamtkonzept entscheidend, sondern die Bereitschaft, Neues und Gleichwertiges in besserer Ausführung wieder zu erstellen, trifft die Erwartung der Bürger. Hierbei auch die Akteure vor Ort, also den BZA Neviges, besonders einzubinden, ist eine Variante, die beim Bürger ankommt und nicht die Hierarchie der Ausschüsse auf den Kopf stellen will.

Nicht einverstanden sind wir nach wie vor mit der Bebauung der Wilhelmshöhe in Langenberg.

Der neu zu beratende und zu beschließende Flächennutzungsplan ist in der vorliegenden Form für uns nicht zustimmungsreif. Zum einen wollen wir die Bebauung zwischen der Hohenbruchstr/ Konrad-Adenauer-Str. und der Eichenstrasse ,der sogenannte „Esel“ nicht. Wir wollen aber auch nicht die Bebauung an der Hügelstr. Hier geben wir allerdings zu, dass uns bei der Abstimmung zum Ankauf eines Grundstücks an der Hügelstr. der Fehler unterlaufen ist, diesem Ankauf zuzustimmen. Das hätte nicht passieren dürfen und dafür entschuldigen wir uns. Aber wir leiten daraus keine Bebauung ab.

Meine Damen und Herren,

wir sind froh, dass nun der Ausbau der A 44 in eine greifbare Nähe gerückt ist und wir hoffen, dass durch zu erwartende Einsprüche und Klagen, der Baubeginn nicht wieder auf einen St. Nimmerleins-Tag verschoben wird. Den Beschluss des Ratinger Rates, gegen diesen Lückenschluss zu klagen, können wir nicht nachvollziehen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung des Nordkreises und insbesondere für die Velberter Wirtschaft ist die verkehrliche Anbindung an die Rheinschiene von außerordentlicher Bedeutung. Dies gilt auch für die Aufstufung der B 224 zwischen Wuppertal und Velbert zur A 535.

Diese Entwicklung könnte aber auch für die Menschen wichtig sein, die sich entschließen nach Velbert zu ziehen. Hier wollen sie zukunftssicheren, modernen und bezahlbaren Wohnraum finden. Diese Vorraussetzungen zwingen zu einem Überdenken der Zukunft der Velberter Wobau. Eine langfristige Sicherung der Wobau und ihrer Wohnungsbestände kann unserer Auffassung nach nur mit entsprechender Kapitalkraft gestemmt werden. Aus diesem Grunde haben wir der Aufnahme eines Bieterverfahrens zur Feststellung der Fakten und Zahlen der Wobau zugestimmt. Es sollte aber hier auch noch mal festgehalten werden, dass wir mit der Zustimmung zu

Bieterverfahren nicht automatisch den Verkauf der Wobau zugestimmt haben. Vielmehr wurde von uns darauf hingewiesen, dass wir erst alle Fakten und Zahlen vorliegen haben wollen, einschließlich der Zustimmung zur Sozialcharta, bevor wir fraktionsintern darüber abstimmen, wie wir uns positionieren. Es war und ist nicht richtig, wenn die Bürgerinitiative behauptet, wir hätten dem Verkauf der Wobau zugestimmt. Die Veräußerung der Anteile an den Mehrheitsgesellschafter BVG war für uns kein Verkauf, denn die Wohnungen bleiben bei der BVG in städtischer Hand.

Das nun mehrheitlich favorisierte Genossenschaftsmodell findet unsere Zustimmung. Allerdings wäre uns ein Bieterverfahren lieber gewesen, an dem sich auch jede interessierte Genossenschaft hätte beteiligen können.

Die Turbulenzen und der hohe Wellengang beim Klinikum Niederberg haben sich augenscheinlich gelegt und sind einer pragmatischen und zukunftsorientierten Weichenstellung gewichen. Ein sich abzeichnender Imageverlust muss durch hervorragende Arbeit und der bedingungslosen Zustimmung zur kommunalen Trägerschaft, entgegen gewirkt werden. Nur wenn die Patienten Vertrauen zu Klinikum haben, ist deren Bestand in Velbert gesichert.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

die Wohnbevölkerungsentwicklung unserer Stadt in den nächsten Jahren, wird zu einer Verringerung der Bürgerinnen und Bürger führen. Unsere Aufgabe ist es Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Verringerung so klein wie möglich hält. Hierbei müssen wir insbesondere kinderreiche Familien unterstützen und fördern. Intakte Familien bedürfen unserer besonderen Förderung und Unterstützung. Bei gestörten Familienverhältnissen haben wir gezielt und konsequent einzugreifen, um Schlimmeres zu verhüten.

Für die Zukunft wird es immer notwendiger, dass zur Sicherung des Lebensunterhalts, 2 Einkommen herangezogen werden müssen. Daher unterstützen wir den Ausbau der Betreuung der U 3jährigen. Es ist sinnvoller in diese Betreuung zu investieren, als späterhin, bei Verlust des Arbeitsplatzes und den damit verbundenen sozialen Abstieg, die Soziallasten zu finanzieren.

Wir müssen uns auch verpflichtet fühlen, die weichen Standortfaktoren zu erhalten und auszubauen. Dazu gehört auch eine entsprechende Infrastruktur für urbane Innenstädte mit den entsprechenden Einkaufsmöglichkeiten. Dafür zählt auch die notwendige Nahversorgung in den einzelnen Stadtteilen. Hierzu gehört aber auf keinen Fall die Schaffung von großflächigen Einkaufszentren außerhalb der Innenstadt, auch nicht durch Schaffung eines neuen Siedlungsschwerpunktes. Denn 3.500 m² eines neuen Frischemarktes und weitere 1.500 m² weiterer Verkaufsflächen, bedrohen die Frischemärkte in Neviges und Langenberg.

Es kann nicht angehen, dass im Interesse der Vermarktung einer Industriebrache, die noch nicht einmal der Stadt gehört, und außerhalb der Stadtmitte liegt, die fußläufigen Einkaufsmöglichkeiten in Neviges und Langenberg zerstört werden.

Ein weiterer Punkt auf der gesellschaftlichen Tagesordnung unserer Stadt ist die Zuwanderung und die sich daraus ergebende Integration. Bisher müssen wir leider festhalten, dass eine erfolgreiche Integration nur unzureichend stattfindet.

Der für unsere Fraktion wesentliche Punkt für die Integration, ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Nur wer sich entsprechend artikulieren kann, schafft die Grundlage für Arbeits- und Schulerfolg und damit die Basis für die berufliche Zukunft in unserer Stadt.

Alle beteiligten Institutionen, müssen unserer Meinung nach, nichts unversucht lassen, um der Vermittlung der deutschen Sprache, Rechnung zu tragen. Die Handlungsempfehlungen zur kommunalen Integrationspolitik sind konsequent umzusetzen. Die entsprechenden Mitarbeiter der Stadt sind darauf zu sensibilisieren.

Bildung und Erziehung in dieser Stadt ist auch ein zukunftsorientiertes Entwicklungsziel, welchem wir dadurch Rechnung getragen haben, dass wir die Geschäftsverteilung innerhalb der Verwaltung, neu geordnet haben. Wir sind davon überzeugt, dass der Bereich Schule, Bildung und Sport, sowie Jugend, Familie und Soziales in einen Geschäftsbereich gehören. Es ermöglicht die Steuerung von Strategien zur kinder- und familienfreundlichen Stadt, aus einer Hand. Wir sind davon überzeugt dass an der Spitze dieses Bereiches die richtige Hand vorhanden ist.

Sicherheit und Ordnung in dieser Stadt ist ein Punkt den wir seit Jahren anmerken und bemängeln. Wir waren so froh, dass der von uns geforderte Bußgeldkatalog für die Verunreinigung unserer Stadt und für mutwillige Zerstörung von Gemeinschaftseigentum, zum tragen kam. Leider mussten wir in den letzten 2 Jahren feststellen, dass die Schaffung eines Bußgeldkataloges, der dann nicht umgesetzt und durchgesetzt wird, ohne Wirkung ist.

Wir hoffen, dass mit dem neuen, wenn auch unfertigen Konzept für Sicherheit und Ordnung in dieser Stadt, die Situation sich verbessert. Allerdings nützen Konzepte nur dann etwas, wenn wir vorher Voraussetzungen schaffen, um Zerstörungswut, Vandalismus, Verletzung der Sicherheit und Ordnung, erst gar nicht aufkommen lassen.

Hierfür müssen zuerst Räumlichkeiten geschaffen werden, in denen sich Jugendliche treffen können. Es muss gesichert sein, dass der kommunikative Austausch nicht nur auf der Straße oder nur an bestimmten Plätzen und Bushaltestellen stattfinden kann. Denn hierbei erfolgt nur Vertreibung zu einer neuen, nicht gewollten Versammlungsstätte. Wir sollten nicht vergessen, dass der Bürger für

immer wieder neue Versammlungsstätten an den Stellen, wo er sich belästigt oder bedroht fühlt, kein Verständnis hat. Ein ernsthaftes Gespräch mit dem Streetworker und der Umsetzung seiner Empfehlung würde hilfreich sein.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

kommen wir nun zu den Punkten, die wir als UVB-Fraktion nicht nachvollziehen können und wollen.

Wir befinden uns im Jahre 3 – nicht nach Christus – sondern nach der Einführung von NKF und verfügen immer noch nicht über eine testierte und mit dem „uneingeschränkten Bestätigungsvermerk“ versehene Eröffnungsbilanz. Vielmehr liegt uns eine Einschätzung der Kämmerin vor, die die geforderten Bewertungsverfahren für Gebäude gemäß GO NW bez. GemHVO NW, ablehnt. Sie hält es nach wie vor für richtig, dass eine Rückindizierung zur Ermittlung von Anschaffungs- und Herstellungskosten und der Verzicht auf die Durchführung der Ertragsbewertung für marktvergleichend genutzte Immobilien, von Nöten ist.

Die Einschätzung allerdings stellt das Ergebnis der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und auch die Erkenntnisse des städtischen Rechnungsprüfungsamtes auf den Kopf. Zumal der Kämmerin der Text des Gesetzes über die vorzunehmenden Bewertungen nach § 54 der GemHVO seit 2005 bekannt ist.

Es ist ihr positiv anzurechnen, dass Sie Bewertungsgrundlagen angenommen hat, die auf den realistischen Wert einer Immobilie abzielen, um nicht höhere Abschreibungskosten zu haben. Gleichfalls will sie damit verhindern, dass Veräußerungen immer mit der Wahrscheinlichkeit der Wertberichtigung behaftet sind.

Das allerdings muss dann ein Ende haben, wenn die Gesetzeslage eindeutig ist, die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses, die Wirtschaftsprüfer und das PRA anderer Meinung sind. Es hilft dann wenig, wenn man sich als beratungsresistent erweist.

Genaugenommen sollen wir den dritten Haushalt verabschieden, der keine genauen Zahlen des Gebäudevermögens aufweist, dem eine Berichtigung des Ergebnishaushaltes, durch höhere Abschreibungen bevorsteht, die aber noch genau beziffert werden müssen. Die Verabschiedung des ersten und zweiten Haushaltes, denen wir auch zugestimmt haben, ist noch erklärbar. Aber die Unstimmigkeiten und Hinweise sind längstens seit 2006 der Kämmerei bekannt, so dass zum Haushalt 2007 die geänderten Zahlen hätten vorliegen müssen.

Hier liegt ein eklatanter Verstoß vor, der mit der Argumentation der Kämmerin nicht zu heilen ist. Eine Zustimmung zu Zahlen, die berichtigt werden müssen, verbietet sich von selbst.

Wir sollten auch erkennen, dass die Ausgliederung des Gebäudevermögens in eine eigenständige GmbH, wie es z.Zt. durch die Kämmerei geprüft wird, nicht dazu führen wird, dass das Gebäudevermögen **nicht** neu zu bewerten ist.

Der § 40 des HGB, der dann zuständig ist, sagt aus, dass alle Werte anzusetzen sind, die ihnen in dem Zeitpunkt zuzulegen sind, an welchem die Aufstellung stattfindet.

Nur zweifelhafte Forderungen sind mit dem wahrscheinlichen Wert anzusetzen. Gebäude, Grundstücke, bewegliche und unbewegliche Gegenstände könne wir nicht als **zweifelhaft** erkennen und darum sind wir überzeugt, dass der Zeitwert auch nach dem HGB angesetzt werden muss.

Der Einfluss auf den Abschluss des Gesamtkonzerns Stadt und auf den daraus resultierenden Bestätigungsvermerk sollte sorgsam überprüft werden.

Kommen wir nun zu einem Punkt, in dem Sie sich Frau Stock als äußerst kommunikationsarm bewiesen haben. Ich spreche von dem Ankauf des „Stückchen Rathaus“. Hier musste im Schweinsgalopp am 05.12.06 die Ausübung des Vorkaufsrechtes durch den Rat gepeitscht werden. Ohne Angaben von m²-Zahlen der Fläche oder m³- Zahlen für umbauten Raum sollte dieser Rat einem Ankauf von mehreren Mio. Euro zustimmen. Das gelang Ihnen auch mit knapper Mehrheit. Wir sind davon überzeugt, dass auch die vorgelegte Wirtschaftlichkeitsberechnung, wonach der „Break Even“, der eigentlich damit gar nichts zu tun hat, nach 15 Jahren erreicht wäre, rechtlich nicht zu halten ist.

Bereits am 10.11. 2006 wurden Sie vom informiert, dass diverse Punkte Anlass zu Bedenken an Methode und Datengrundlage der Wirtschaftlichkeitsberechnung ergaben.

Sie überarbeiteten Ihre bisherige Version der Wirtschaftlichkeitsberechnung, in der einige vorgebrachte Punkte von Ihnen eingearbeitet wurden, andere allerdings nicht.

Bei der Betrachtung der reinen Kosten, ist ab dem 16. Jahr die Variante Kauf niedriger als die Variante Miete. Aber richtigerweise muß über den Kapitalwert p.A. gerechnet werden, so dass erst im 31. Jahr der Kauf niedriger ist als Miete. Nimmt man allerdings den Kauf in der dynamischen Betrachtung, so lohnt sich die Variante Kauf erst ab dem 54. Jahr, da dann ein höherer Kapitalwert als bei der Variante Miete erreicht wird.

Auch die Betrachtung, dass gemäß Anlage 13 zum § 35 GemHVO die Nutzungsdauer von Verwaltungsgebäuden mit 40-80 Jahren angegeben ist und somit der Kauf die wirtschaftlichere Variante ist, hat die Kämmerei nicht davon abzuhalten, eine ordnungsgemäße und nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsberechnung gemäß? § 14 GemHVO vorzulegen.

Unsere Befürchtung, dass dieser Ankauf zu teuer gewesen ist, wird durch die überall einsehbaren Marktpreise für Bürobauten, bestätigt.

Geht man im Normalfall von einer 9 bis 11fachen Jahresnettomiete als Kaufpreis aus, so hat die Stadt mit einer 16fachen Jahresnettomiete

gerechnet. Warum, können wir nicht nachvollziehen. Der Gedanke der uns zum Ankauf hat nein sagen lassen, war, dass der Bau zwischen siebenstellig in Euro zu teuer ist. Warum also so kaufen und warum in dieser Eile, obwohl wir bis zum Zeit gehabt hätten und eine korrekte Wirtschaftlichkeitsberechnung zum Rat am 12.12.2006 nochmals hätte vorgelegt werden können.

Seit 3 Jahren fordern wir ein durchdachtes, innovatives und kostengünstiges Kulturkonzept, zur Entlastung des Ergebnishaushaltes.

Nun haben wir eins. Aber die Einbringung dieses Konzeptes in die Ausschüsse war gelinde gesagt eine mittelprächtige Katastrophe. Zuerst wurden die beiden großen Fraktionen über das Konzept unterrichtet. Dann erfolgte aus Termingründen 14 lange Tage nichts. 1 Tag vor der Sitzung des Kulturausschusses wurden dann die kleinen Fraktionen ins Rathaus bestellt, damit auch Ihnen das Konzept erklärt werden konnte. Das die Beteiligten an dieser Sitzung aufgrund der verbleibenden Zeit ihre Fraktionen nicht mehr unterrichten konnten, wurde wahrscheinlich in Kauf genommen, die Absetzung des Punktes von der Tagesordnung am nächsten Tag im Kulturausschuss wurde von der Verwaltung mit Unverständnis aufgenommen.

Was sich im Folgenden mit der Stadthalle Neviges abspielte, hätte im Nachhinein betrachtet überhaupt nicht stattfinden müssen, wenn man von der Verwaltung bereit gewesen wäre, vorhandene Möglichkeiten zu prüfen und Kontakt mit den entsprechenden Stellen aufzunehmen. Das allerdings geschah erst nach langem Hin und Her und führte zu dem bekannten Ergebnis.

Die Zusammenlegung der Häuser an sich und das jetzige Konzept wird von uns auch befürwortet.

Obwohl uns jetzt, nach der Verabschiedung des ehemaligen Kulturdezernenten durch den Bürgermeister, Zweifel gekommen sind. Unser Bürgermeister sagte im Wortlaut: Kulturdezernenten und Kämmerer können keine natürlichen Freunde werden. Unsere Überlegung ist nun wie folgt: Wenn Frau Stock Montagsabend als Kulturdezernentin vor dem Spiegel steht und über die Kämmerin wettet, weil diese wieder kein Geld rausrücken will und Dienstagsabend vor dem gleichen Spiegel als Kämmerin steht und sich über die unsachlichen Forderungen der Kulturdezernentin aufregt und das im Wechsel Abend für Abend, außer Sonntags - da ist Ruhetag - so möchten wir gerne wissen, wer Samstagsabend gewonnen hat.

Aber vielleicht kriegen wir das noch raus.

Lassen Sie mich zum Ende auch darauf hinweisen, dass wir die 1.0 Mio. Euro für den Sportpark in 2007 und die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von ca. 8,0 Mio. Euro für den Sportpark für 2008 und ff. nicht mittragen können und wollen.

Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Haushalt 2007 ist mit Abstand kein Sparhaushalt, auch wenn er ausgeglichen ist. Von einem Sparhaushalt sind wir noch meilenweit entfernt. Die globale Minderausgabe von 2,0 Mio. Euro ist sicherlich ein guter Ansatz, mehr aber auch nicht. Sicherlich gibt es hier und da noch was zu verkaufen, um auch in den Folgejahren den Haushalt auszugleichen. Wichtiger wäre uns allerdings, wir würden uns alle ernsthafte Gedanken über weitere Sparmöglichkeiten machen, wobei kein Bereich ausgeklammert werden sollte.

Nur eine nachhaltige Konsolidierung der städtischen Finanzen, ergibt

die Möglichkeit der kommunalen Selbstverwaltung und hinterlässt unseren Kindern und Enkeln keinen unüberwindbaren Schuldenberg.

Abschließend möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei Dank sagen für die geleistete Arbeit. Sie war in fast allen Bereichen vorbildlich. Dieser Dank gilt auch all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die diesem Haushalt zugearbeitet haben.

Wir hatten im vergangenen Jahr bereits ein leichtes Magengrummeln zur Verabschiedung des Haushaltes 2006. Trotz großer Übereinstimmung mit weiten Teilen des Haushaltes 2007, die wir auch gerne unterstützen, hat sich aber in markanten Punkten, wie aufgezählt das Magengrummeln derart verstärkt, dass wir eine Zustimmung zum Haushalt 2007 nicht geben können.

Ihnen meine sehr verehrten Damen und Herren, danke ich für die mir entgegengebrachte Aufmerksamkeit.

Velbert, den 23.04. 2006

Fraktion U V B
Ulrich Kanschat
Fraktionsvorsitzender